

## GRUPPENBERICHT

Prof. Dr. Dr. Ulli Arnold, Gesamthochschule Kassel,  
Fachbereich Wirtschaftswissenschaften

1. Die Aufgabenstellung dieser Arbeitsgruppe unterstellt, daß sozialpolitische Zielsetzungen auch von der Verbraucherpolitik aufgenommen werden (können ....; sollen ....). Verbraucherpolitik als Sozialpolitik?

Der Beziehungszusammenhang zwischen Sozial und Verbraucherpolitik ist jedoch keinesfalls eindeutig geklärt und akzeptiert. Überlegungen zu einer Interaktion und Umsetzung sozialpolitischer Ziele in der Verbraucherarbeit haben demzufolge zunächst den generellen Beziehungszusammenhang der genannten Politikfelder zu klären, ehe über die faktischen Möglichkeiten weiter nachgedacht wird.

2. Folgt man der Auffassung des Verbraucherbeirates beim BMWI, dann soll Verbraucherarbeit individuelle Hilfestellung leisten, ohne eine "Allzuständigkeit" für die Wohlfahrt der Klienten zu entwickeln. Diese individuelle Hilfe (als Beratung, als Informationsangebot) hat sich dieser Auffassung zufolge auf den Bereich des Konsums, der Einkommensverwendung von Menschen, zu beziehen. Genauer gesagt: Auf jenen Teil des Einkommens, der über marktliche Transaktionen zum Erwerb von Konsumgüter im weitesten Sinne aufgewandt wird. Die Verbraucherarbeit soll Konsumenten an "den" Markt (wieder) heranzuführen, ihn "marktfähig" machen. Diese Marktpartner-Ideologie ist es, die den Staat bereits in den 50er Jahren veranlaßt hat, die Verbraucherarbeit zu finanzieren. Mit Hilfe dieser Alimentation wurde gleichzeitig auch eine enge Anbindung der Verbraucherorganisation an und Abhängigkeit von staatlichen Instanzen sichergestellt (Scheer "Anpassungsdruck"). - Der Vorwurf wurde während der Tagung mehrfach formuliert: die Verbraucherarbeit ist strukturkonservierend (z.B. Biervert), ihr Handlungsspielraum gering - und wird bei Verschärfung der wirtschaftlichen Krisenerscheinungen zunehmend geringer.

Der Verbraucher wird gedanklich aus dem Wirtschaftskreislauf herausgelöst, wenn Probleme ausschließlich im Verwendungsbereich des Haushaltsbudgets gesehen werden. Die Praxis verbraucherpolitischer Tätigkeiten scheint diese enge Perspektive zu belegen: die "üblichen" Klienten sind nicht gerade einkommensschwach, verfügen in der Regel über ein ausreichendes Budget. Es geht um die Beratung hinsichtlich einer optimalen Budgetaufteilung (Vorwurf der prinzipiellen Mittelschichtorientierung der Verbraucherarbeit). Die Einführung von Beratungsgebühren durch die Verbraucherberatungen verstärkt diese Tendenz (entgeltliche Dienstleistungen).

3. Die Konsequenzen der unter Ziff. 2 dargestellten Perspektive bestünden z.B. darin,

- daß Menschen mit stark reduziertem Einkommen (z.B. Arbeitslose) als Klienten der Verbraucherpolitik entfielen;
- daß Aspekte der Einkommens- bzw. Budgetsicherung ausgegrenzt würden;
- daß die Trennung von Produktion und Reproduktion prinzipiell festgeschrieben würde (die Bedeutung der Produktionsstruktur und -bedingungen für das Angebot selbst und das Verbraucherverhalten wird ausgeklammert);
- daß nicht-marktvermittelter Konsum unberücksichtigt bliebe (z.B. Eigen- und Nachbarschaftsproduktion; kollektiver Konsum);
- daß menschliche Existenz weiterhin lediglich mit der Brille ökonomischer Rationalität gesehen und beurteilt würde ("Konsumarbeit"; "Freizeitökonomie"; "the most economic way to die");
- daß die gesellschaftlichen und wirtschaftspolitischen Entscheidungs- und Ordnungsstrukturen prinzipiell unangetastet blieben.

4. Soll und kann Verbraucherarbeit mehr leisten?

Die Frage gewinnt Gewicht angesichts unübersehbarer "Zeitzeichen":

- sinkende Realeinkommen bei breiten Bevölkerungsteilen;
- zunehmende Arbeitslosigkeit;

- Rückzug des Staates aus sozialpolitischen Handlungsfeldern unter Verweis auf das Selbsthilfeprinzip;
- Festhalten an überkommenen Konsumstrukturen, die für Gesundheit und Umwelt zunehmende (irreparable) Belastungen beinhalten, bspw. Alkohol- und Nikotinkonsum, Giftbelastung der Umwelt, Entsorgungsprobleme bei Haus- und Industriemüll usw.

Eine Antwort fiel dann vergleichsweise leicht, wenn die Ziele und Interventionsfelder der Sozialpolitik festgefügt und konsensfähig wären. Dies ist aber gerade nicht der Fall, wie der aktuelle Rückzug des Staates als dem wesentlichen Träger aus der Sozialpolitik verdeutlicht.

Eine inhaltliche Klärung sozialpolitischer Ziele und Aufgaben wurde von der Arbeitsgruppe ausdrücklich nicht versucht. Gelegentliche Hinweise auf Umverteilung, Tarifpolitik, Arbeitsmarkt- und Gesundheitspolitik, Umweltpolitik läßt allerdings erkennen, daß die Diskussionsteilnehmer von einer sehr weiten Perspektive sozialpolitischer Zuständigkeit ausgehen. Anstelle einer inhaltlichen Klärung möglicher sozialpolitischer Ziele, die auch für die Verbraucherarbeit von Relevanz sein könnten, wurde eine problemorientierte Vorgehensweise vorgeschlagen. Konkret bedeutet dies Orientierung der Verbraucherpolitik und Verbraucherarbeit an den faktischen Problemen einkommensschwacher Bevölkerungsteile, Randgruppen usw. ("Interessenidentität", Rosenberger).

Damit bleibt das Beziehungsgeflecht zwischen Sozialpolitik und Verbraucherpolitik prinzipiell ungeklärt; dies dürfte insbesondere im Hinblick auf die institutionelle Abgrenzung von Tätigkeitsfeldern und Zuständigkeiten problematisch sein.

5. In Anbetracht der zahlreichen Problemstellungen wird der traditionell isolierende Ansatz der Verbraucherarbeit verworfen und stattdessen ein ganzheitliches Arbeitskonzept für die Verbraucherpolitik gefordert. Hinsichtlich der strategischen Orientierung der Verbraucherpolitik ist es unumgänglich, die individuelle Hilfestellung (Einzelfallhilfe) durch strukturverändernde Aktivitäten zu ergänzen. Mit anderen Worten: Einzelfallhilfe alleine greift zu kurz, wenn nicht auch der Versuch unternommen wird, die Ursachen, die zu diesen individuellen Problemlagen geführt

haben, zu beseitigen. Eine sozialpolitisch verpflichtete Verbraucherarbeit kann auf Strukturkritik nicht verzichten (Merkle).

So stellen sich zumindest drei Ebenen eines strategischen Ansatzes heraus:

- individuelle Hilfestellung und Beratung;
- organisatorische Hilfe für die individuelle Interessendurchsetzung von Verbrauchern;
- Transformation von Problemstellungen in den politischen Entscheidungsprozeß (politische Handlungsebene der Verbraucherpolitik).

Dieses ganzheitliche Arbeitskonzept überfordert die derzeit vorhandenen Personen und Institutionen der Verbraucherarbeit. Es stellt sich deshalb die Frage nach möglichen Bündnispartnern, also nach Personen und Institutionen, mit denen auf den verschiedenen strategischen Ebenen Kooperationen möglich und sinnvoll sein können. Es geht also letztlich darum, gemeinschaftliche Handlungspotentiale zur individuellen Problemlösung zu bilden und diese Handlungspotentiale auch auf der politischen Ebene zur Wirkung zu bringen.